

PB.L-01-351-5 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Antragsteller*in: Hannes Damm (KV Vorpommern-Greifswald)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 350 bis 351 einfügen:

sorgen, dass nicht mehr die Atomkraft privilegiert wird, sondern die erneuerbaren Energien stärker gefördert werden. Um weitere Optionen zur Deckung des Bedarfs an klimafreundlicher Energie einer zukünftigen Gesellschaft zu erschließen, soll auch die Möglichkeit einer Energiegewinnung aus Kernfusion weiter wissenschaftlich untersucht werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Finanzierung nicht im Konflikt mit dem Ausbau der Erneuerbaren steht, die benötigt werden, um die Pariser Klima-Ziele zu erreichen.

Begründung

Wir Grüne bekennen und als Partei eindeutig zur Einhaltung der Pariser Klimaziele und wollen zum Schutz heutiger und zukünftiger Generationen die Erderwärmung um 1.5°C begrenzen. Im zentralen Handlungsfeld der Energieversorgung setzen wir uns daher für eine schnellstmögliche Transformation hin zu 100% Erneuerbare Energien ein, die auch wegen grüner Energiepolitik mittlerweile wettbewerbsfähig sind.

Es ist unstrittig, dass die Erforschung der Kernfusionstechnologie zu langsam vorankommt, um eine Rolle zum Erreichen der Pariser Klimaziele bis 2050 zu spielen. Fusionskraftwerke werden bis dahin mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zur Verfügung stehen. Deswegen darf die Finanzierung der Fusionsforschung nicht in Konkurrenz zum Ausbau der Erneuerbaren stehen.

Wir sollten als Grüne aber auch die Chance auf eine CO₂-freie Stromerzeugung mittels Kernfusion für die Zeit nach 2050 nicht verschenken. Zum einen besteht das realistische Risiko, dass die Pariser Klimaziele bis 2050 nicht erreicht werden. Momentan spricht vieles dafür, dass die Menschheit zu Mitte des Jahrhunderts „überrascht“ feststellt, dass wir unsere Ziele verfehlt haben, weil deren Umsetzung zum Beispiel an Hemmnissen der Akzeptanz (etwa in der Bevölkerung oder Wirtschaft) oder der Technologie (Rohstoffknappheit, Netzstabilität oder Schwerindustrie) gescheitert ist. Es wären jedoch weitere 30 Jahre zur Erforschung alternativer Lösungswege verloren, wenn heute aus Kostengründen auf ergebnisoffene Forschung verzichtet würde. Der Verzicht auf Forschung hat noch nie bei der Lösung eines Problems zum Erfolg beigetragen.

Zum anderen müssen wir uns auch Gedanken machen, wie es nach 2050 mit unserem Energiesystem weiter gehen soll. Aktuelle Prognosen zufolge, wird sich die Urbanisierung rasant fortsetzen. Die Technologisierung der Menschheit und damit ihr Energiebedarf wird weiter zunehmen. Die Anpassung der Lebensverhältnisse an unsere Standards in den Schwellen- und Entwicklungsländern droht die dringend benötigte Effizienzsteigerung zunichtezumachen. Wir werden voraussichtlich nach 2050 immer mehr Energie benötigen. Heute gibt es keine CO₂-freie Technologie, außer den erneuerbaren Energien, die zur Deckung dieses enormen zusätzlichen Energiebedarfs eingesetzt werden könnte.

Folglich sind neben Forschungsinvestitionen in den Bereichen Speicher, Power-to-X, Sektorenkopplung und auch alternative emissionsfreie Energiekonzepte wie Fusion heute zwingend notwendig. Die genannten Forschungsbereiche sind aus unserer Sicht auch gleichberechtigt zu behandeln, da bisher keiner dieser Bereiche die alleinige oder vollständige Lösung des Problems aufgezeigt hat. Die ablehnende Haltung einzig gegenüber der Fusion ist aus unserer Sicht nicht zu rechtfertigen, vielmehr sprechen wir uns für eine stabile Forschungsfinanzierung auf nationaler und internationaler Ebene aus.

Zu erwähnen ist zudem, dass die Fusionsforschung auch Grundlagenforschung am vierten Aggregatzustand dem „Plasma“ ist. Durch diese Forschung konnten sich in den letzten Jahren mehrfach Technologien entwickeln, die der Energiewende direkt zugutekommen können. Durch die Arbeiten des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik im Bereich „Plasma for Gas“ wurde gezeigt, dass sich Plasmen als Technologie für Power-to-X-Anwendungen mit einem hohen Wirkungsgrad eignen. Auch die Entwicklung von Supraleitern zur verlustfreien Stromübertragung wurde wesentlich durch die Anforderungen des für die Fusion notwendigen Magnetkäfigs beschleunigt.

weitere Antragsteller*innen

Marcel Ernst (KV Göttingen); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Alexander Link (KV Heidelberg); Johannes Fromm (KV Vorpommern-Greifswald); Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Maximilian Knut Kiesel (KV Main-Kinzig); Frederick Aly (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Kristian Warnholz (KV Pinneberg); Mathis Reuß-Hennschen (KV Pinneberg); Lovis Möller (KV Pinneberg); Andreas Tesche (KV Rostock); Martin Wolf (KV Miesbach); Christian Zimpelmann (KV Bonn); Maximilian Ruta (KV Köln); Dorothea Deutsch (KV Miesbach); Tom Beyer (KV Vorpommern-Greifswald); Johannes Kopton (KV Magdeburg); Elisabeth Gertrud Does (KV Stuttgart); Johannes Kode (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marcel Duda (KV Hildesheim); Tim Schaub (KV Berlin-Neukölln); Kai Budde (KV Rostock)